

Landrat sieht KV-Lehre in Gefahr

Der Bund will die kaufmännische Ausbildung per 2022 auf den Kopf stellen. Baselland befürchtet Schlimmes.

bz, 23.04.2021

Michael Nittnaus

Wenn es um Kritik an Bildungsreformen geht, dreht sich meist alles um die Volksschule. Bisher fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit steht auf Bundesebene aber eine Reform auf der Zielgeraden, welche direkt danach ansetzt und die grösste Gruppe der Lernenden im Baselland vor eine unsichere Zukunft stellt: jene der KV-Lehrlinge. Rund 2200 von 6000 Lernenden wählen in Baselland eine Ausbildung zur Kauffrau oder zum Kaufmann statt des Wegs über eine Mittelschule. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) plant eine Totalrevision der KV- und Detailhandelsberufe – und das bereits per 2022. Zurzeit läuft die zweite Vernehmlassungsrunde bis Juni.

In einem Jahr sind die Probleme nicht zu lösen

Grund genug für die Baselbieter FDP, dass das Thema endlich auch die Kantonspolitik beschäftigt: Mit einer dringlichen Interpellation wollte sie an der gestrigen Landratsitzung von der Regierung wissen, wie diese zur Reform steht und ob sie eine Möglichkeit sieht, beim SBFI eine Verschiebung der Pläne auf 2023 zu erwirken. Damit rannte die FDP-Fraktion bei ihrer eigenen Regierungsrätin, Bildungsdirektorin Monica Gschwind, offene Türen ein. Sie benannte die Schwächen der KV-Reform schonungslos.

Zu den wichtigsten Änderungen gehört, dass die klassische Fächerstruktur der KV-Ausbildung aufgelöst werden soll. Neu müssen die Jugendlichen Kompetenzen erlangen. Das Fach Finanz- und Rechnungswesen ist nicht mehr obligatorisch, dasselbe Schicksal soll die zweite Fremdsprache ereilen. Von den drei Leistungszügen B (Basis), E (erweitert) und



Die KV-Lehre ist eine Erfolgsgeschichte, soll nun aber komplett umgekrempelt werden. Bild: bz-Archiv

Wer leitet künftig Grosseinsätze?

Neue Kompetenzen Die Totalrevision des Baselbieter Bevölkerungsschutz-Gesetzes fand in erster Lesung bei einer Mehrheit des Landrates Zustimmung. Es dürfte an der kommenden Sitzung das nötige Vierfünftelmehr erreichen, sodass es zu keiner Volksabstimmung kommt. Dies, obwohl sich gestern die SVP-Fraktion gegen das Gesetz aussprach. Martin Karrer kündigte allerdings an, dass die Fraktion der Schlussabstimmung fernbleiben werde, wodurch ihre

Stimmen verfallen. Weshalb dieses ungewöhnliche Manöver? «Wir sind nur gegen bestimmte Teile des Gesetzes und es wäre zu komplex, dies in einem Abstimmungskampf zu erklären. Daher müssen wir die Kröte wohl schlucken», sagt Karrer zur bz.

Dabei ist seine Kritik massiv: Das neue Gesetz stehe im Widerspruch zum kantonalen Feuerwehrgesetz. Dort stehe, dass bei grösseren Ereignissen das Feuerwehr-Inspektorat die Einsatzlei-

terung übernehme. Im Bevölkerungsschutz-Gesetz übernimmt neu der kantonale Krisenstab die Führung bei Grosseinsätzen und Krisen. Karrer, der selbst eine Berufsfeuerwehr leitet, sieht darin keinen Vorteil. Auch wer dann die Einsatzkosten übernehme, sei nicht klar. «Das Know-how ist bei den Feuerwehren vor Ort», sagte auch Marco Agostini von den Grünen. Er werde in zweiter Lesung einen Antrag stellen, die Kompetenzen kommunal zu belassen. (mn)

M (Berufsmatur), könnte B oder E komplett gestrichen werden.

«Fachkenntnisse in Finanz- und Rechnungswesen sind essenziell», hielt Gschwind fest und zeigte sich «sehr skeptisch». Und die Fremdsprachenreduktion sei politisch derart brisant, dass nun der Bundesrat in den Entscheid eingebunden werden soll. Grundsätzlich sagt sie: «Es kommt zu einem pädagogischen Paradigmenwechsel, der eine ganz neue Schulorganisation benötigt.» Gschwind stützt denn auch die Forderung der FDP nach einer Verschiebung der Reform auf 2023/24. Denn: «Es gibt so viele offene Fragen und diverse Bedenken, die nicht bis Ende Jahr gelöst werden können.»

Reform wirkt sich sogar auf die FHNW aus

Quer durch alle Fraktionen lösen die Pläne des Bundes Kopfschütteln aus. «Ich bin schockiert», sagte Andreas Dürr (FDP), «Ich bin konsterniert», fügte Jan Kirchmayr (SP) an und «Ich bin entsetzt», stimmte dessen Vater Klaus Kirchmayr (Grüne) in den Chor ein. Das SBFI habe etwas im Elfenbeinturm erarbeitet, ohne die Basis, die Schulen zu fragen. Mehrere Stimmen warnen auch, dass die Jugendlichen, die in diesen Monaten einen KV-Lehrvertrag abschliessen, gar nicht wüssten, was auf sie zukommt. Und auch der erfolgreiche Abschluss der Berufsmaturität sei gefährdet und damit der Anschluss an die Fachhochschule Nordwestschweiz.

Da die Musik aber auf Bundesebene spielt, sind die Möglichkeiten Basellands beschränkt, einzugreifen. Dürr kündigte an, parteiübergreifend eine Resolution anzustossen. Und Gschwind zeigte auf, über den Bildungsraum Nordwestschweiz bereits Druck auf das SBFI auszuüben. Ein Alleingang sei aber nicht möglich.